



Haushalts- und Finanzausschuss

25. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

14. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:01 Uhr bis 11:24 Uhr

11:32 Uhr bis 11.33 Uhr

Vorsitz: Carolin Kirsch (SPD)

Protokoll: Stephan Vallata

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- 1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Errichtung des Pensionsfonds des Landes Nordrhein-Westfalen (Pensionsfondsgesetz Nordrhein-Westfalen – PFoG) sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften**

5

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5467

– keine Wortbeiträge

Im Haushalts- und Finanzausschuss erhebt sich kein Widerspruch gegen das Vorhaben des mitberatenden Unterausschusses Personal des Haushalts- und Finanzausschusses, eine schriftliche Anhörung durchzuführen und die entsprechenden Stellungnahmen in der Präsenzhörung des UAP zum Personaletat 2024 zu berücksichtigen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss folgt dem Vorschlag der Vorsitzenden Carolin Kirsch, Vertreter von DGB und dbb für die Teilnahme an der Präsenzhörung als gesetzt zu betrachten und etwaige Vorschläge hinsichtlich weiterer Sachverständiger noch heute zu unterbreiten.

¹ vertraulicher Sitzungsteil mit der Fortsetzung der Beratung zu TOP 7 siehe vAPr 18/39

2 Gesetz zur Modernisierung des Gesetzes über die NRW.BANK und der Gesetze berufsständischer Versorgungswerke 6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5349

– keine Wortbeiträge

3 Elfte Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes 8

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5350

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag der Vorsitzenden Carolin Kirsch, sein Votum zum Gesetzentwurf im Rahmen der Haushaltsklausur abzugeben und dabei die Stellungnahmen zu berücksichtigen, die der federführende Ausschuss im Zuge der schriftlichen Anhörung erwartet.

4 Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen (Hinweisgeberschutzgesetz – HinSchG) und zur ergänzenden Umsetzung der Richtlinie (EU) 2019/1937 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2019 zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden, sowie zur Änderung des Landesbeamtengesetzes 9

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5468

– keine Wortbeiträge

Der Haushalts- und Finanzausschuss kommt überein, dem Vorschlag des Unterausschusses Personal des Haushalts- und Finanzausschusses zu folgen und sich nachrichtlich an einer etwaigen Präsenzanhörung des federführenden Rechtsausschusses zu beteiligen.

- 5 Altschuldenlösung endlich auf den Weg bringen – Kommunen aus Schuldenfalle retten 10**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/1690
- Ausschussprotokoll 18/315 (Anhörung vom 18.08.2023)
- Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum)
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt überein, die Aussprache zu vertagen, um zunächst die Beratungen des federführenden Ausschusses abzuwarten.
- 6 Landesregierung muss hohe Überstundenberge rechtssicher vor Verfall schützen – Mehrarbeit wertschätzen und bei Bedarf in Langzeitarbeitskonten überführen 11**
- Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4132
- Ausschussprotokoll 18/289 (Anhörung vom 08.08.2023)
- Wortbeiträge
- 7 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im II. Quartal des Haushaltsjahres 2023 ab 25.000 Euro 23**
- Vorlage 18/1514
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss stimmt der Vorlage mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.
- 8 Modifikation des Zulagensystems in der Finanzverwaltung 24**
- Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1351
- Wortbeiträge

- 9 Eigener Tarifvertrag TVStud** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage]*) **28**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1589
– Wortbeiträge
- 10 Erhöhte Einnahmen Umsatzsteuer Juli 2023** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage]*) **29**
Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/1588
– keine Wortbeiträge
- 11 Verschiedenes** **30**
- a) Haushaltsklausur/ntv-Führung** **30**
 - b) Anhörung zum Haushalt** **30**
 - c) Anhörung zum Gemeindefinanzierungsgesetz** **30**
 - d) Jahresabschluss BLB NRW** **30**

2 Gesetz zur Modernisierung des Gesetzes über die NRW.BANK und der Gesetze berufsständischer Versorgungswerke

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/5349

(Überweisung des Gesetzesentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend –, den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung, den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume sowie den Rechtsausschuss am 23.08.2023)

Ralf Witzel (FDP) erachtet mit Blick auf die möglichen Folgen der gesetzlichen Neuregelung für die NRW.BANK eine Präsenzanhörung für notwendig.

Angesichts der dicht getakteten Sitzungstermine im Zuge der Haushaltsberatungen halte er eine schriftliche Anhörung für ausreichend, so **Simon Rock (GRÜNE)**. Er bitte die FDP darum, seinen Hinweis zu berücksichtigen, damit eine effiziente Arbeitsweise gewährleistet werden könne.

Auf den Wortbeitrag seines Vorredners eingehend, gibt **Ralf Witzel (FDP)** zu Bedenken, dass das Vorhaben, das Gesetz über die NRW.BANK zu ändern, nicht von seiner Fraktion ausgehe. Sofern es tatsächlich nur um redaktionelle Änderungen ohne materielle Auswirkungen gehe, gebe es keinen Zeitdruck, weshalb er der Landesregierung bzw. den regierungstragenden Fraktionen nahelege, dieses Vorhaben zurückzustellen und erst zum Jahresende umzusetzen. Wenn die Landesregierung hingegen eine Klärung bis zur Haushaltsverabschiedung anstrebe, dann könnten die auch innerhalb von Fachkreisen bestehenden Fragen nur im Rahmen einer Präsenzanhörung, bei der Betroffene zu Wort kämen, erörtert werden.

Die Änderungen am NRW.BANK-Gesetz seien keineswegs nur redaktioneller Art, sondern unter anderem eine Konsequenz aus der Änderung des Umsatzsteuergesetzes. verdeutlicht **Simon Rock (GRÜNE)**. Da die entsprechende Frist am 1. Januar 2024 ende, bestehe Handlungsbedarf. Ohne ein Entgegenkommen der FDP-Fraktion müsse eine Sondersitzung anberaumt werden, um das Gesetz noch rechtzeitig auf den Weg zu bringen.

Ralf Witzel (FDP) stimmt seinem Vorredner dahin gehend zu, dass die Umsatzsteuerproblematik tatsächlich einen materiellen Aspekt betreffe, den er allerdings nicht als zentral erachte. Er stelle diesbezüglich ein effizientes Gesetzgebungsverfahren in Aussicht, sofern es den regierungstragenden Fraktionen gelinge, die Landesregierung davon zu überzeugen, vorerst nur den Aspekt der Umsatzsteuer in den Gesetzentwurf einzu-

arbeiten und die Sachverhalte redaktioneller Art zunächst zurückzustellen. So könne das Ganze in zwei Gesetzgebungsverfahren aufgeteilt werden.

Seiner Fraktion gehe es um den grundsätzlichen und in der aktuellen Legislaturperiode zu diskutierenden Auftrag der NRW.BANK. Im Besonderen lege sie ihr Hauptaugenmerk auf die Frage, zu welchen Weiterungen die auftragsbezogenen Änderungen bei der NRW.BANK führten.

Vorsitzende Carolin Kirsch kündigt an, nach Rücksprache mit den Obleuten einen Verfahrensvorschlag zu unterbreiten, um so, auch mit Blick auf den zeitlichen Horizont, zu einer einvernehmlichen Regelung zu kommen.